

Stellungnahme zum Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschafts- rechts zur Synchronisierung des Anlagenzubaues mit dem Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzananschlussverfahrens“

Mit dem geplanten Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Synchronisierung des Anlagenzubaues mit dem Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzananschlussverfahrens“ (Netzananschlusspaket) gehen weitreichende Weichenstellungen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien einher. Die im Netzananschlusspaket enthaltenen Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel einer resilienten, effizienten und kostengünstigen Stromversorgung in Deutschland mit 80 % Erneuerbaren-Anteil bis 2030 erreicht wird.

Angesichts der deutlich zu kurzen Frist zur Beteiligung nehmen wir zu dem Entwurf lediglich zu dem für uns wesentlichen Punkt und wie folgt Stellung:

- **Den weiterhin im Netzananschlusspaket geplanten Redispatch-Vorbehalt nach § 14 Abs. 1d EnWG 2027 sehen wir in der vorgeschlagenen Form äußerst kritisch.**
 - ➔ Das mit fünf Prozent viel zu niedrige Auslösekriterium würde zu undifferenzierten und großräumigen Engpassregionen führen und in die Standortsteuerung der Raumordnung eingreifen.
 - ➔ Faktisch würden die kapazitätslimitierten Netzgebiete zu Sperrgebieten für den weiteren Ausbau. Projekte mit Umsatzeinbußen von zehn bis zwanzig Prozent wären in den stark überzeichneten Ausschreibungen in der Regel chancenlos.
 - ➔ Gleichwohl ist eine Steuerung notwendig und sinnvoll. Dafür wäre ein Auslösekriterium in Höhe **von mindestens zehn Prozent** ein gut austarierter Kompromiss.

Kontakt

Christian Schnibbe
wpd onshore GmbH & Co. KG
Leiter Kommunikation

c.schnibbe@wpd.de
M +49 (170) 18 22 653
www.wpd.de

Ulf Sieberg
wpd onshore GmbH & Co. KG
Senior Berater Politik &
Kommunikation
u.sieberg@wpd.de
M +49 (175) 48 93 845